

Interpellation Müller-St.Gallen/Locher-St.Gallen: «Kantonale Softwarestrategie mit Zukunft

Dem Vernehmen nach plant die Verwaltung, demnächst das Betriebssystem der rund 2000 Computerarbeitsplätze auf, Microsoft Windows Vista¹ umzustellen. Ebenso soll die Anschaffung des Büropakets «Microsoft Office 2007» geplant sein.

Im Lauf des Einführungsjahres von Vista hat sich gezeigt, dass viele professionelle Windows-Benutzer auf den Ersatz des bewährten Microsoft XP nicht verzichten wollen. Dies hat dazu geführt, dass Microsoft beim Kauf neuer Geräte die Möglichkeit zum «Downgrading» auf XP gewähren musste. Ein wesentlicher Grund sind die gesteigerten Hardware-Anforderungen für den Betrieb von «Vista». Nach dem Urteil der Fachpresse bietet die neue Version des Microsoft-Betriebssystems neben einer ästhetisch veränderten Oberfläche vor allem Fortschritte in der Multi-Media-Verwaltung, was für die Anwendungen der Administration nicht unbedingt prioritär sein dürfte. Auf das Jahr 2011 steht bereits die nächste Version des Betriebssystems ins Haus, «Windows 7».

Auch die geplante Anschaffung und Einführung des Büroautomationspakets «Microsoft Office 2007» wirft Fragen auf. Die «Abwärtskompatibilität» der neu generierten Dokumente ist eingeschränkt; viele lassen sich nur wieder mit Office 2007 öffnen und bearbeiten. Für die Generierung von Dokumenten im mit dem Adobe Reader kostenfrei lesbaren pdf-Format ist weiterhin ein Zusatzmodul vonnöten.

In zunehmender Zahl wenden sich öffentliche Verwaltungen im In- und Ausland dem Einsatz von Open Source Software zu (OSS; Betriebssystem Linux, Büroautomation Open Office mit integriertem pdf-Generator). Diese Software ist ähnlich zu bedienen wie die Microsoft-Produkte und in den Standardanwendungen ebenso leistungsfähig wie diese. Gleichzeitig ist sie aber bedeutend kostengünstiger und erlaubt zudem wegen dem offen zugänglichen Quellcode auch die spezifische Anpassung und Entwicklung der Programme durch lokale Informatiker. Namentlich das Schweizer Bundesgericht hat bereits seit längerer Zeit auf OSS umgestellt. Entscheidend für die Wahl waren die Leistungsfähigkeit, Sicherheit sowie die «gegenüber MS-Office weit geringeren Lizenzgebühren».

Die Interpellanten bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Trifft es zu, dass vorgesehen ist, demnächst das Betriebssystem der rund 2000 Computer-Arbeitsplätze auf «Microsoft Windows Vista» umzustellen und das Büropaket «Microsoft Office 2007» für die kantonale Verwaltung zu beschaffen?
2. Welche Überlegungen haben welche Instanz zum Entschluss geführt, die neue Microsoft-Software anzuschaffen? Stehen Bedürfnisse der Anwender, der Systembetreuer oder des Anbieters dahinter, und wie wurden diese ermittelt?
3. Wurde vor dem Einführungsentscheid eine umfassende Evaluation der neuen Produkte durchgeführt? Wurden bei dieser Evaluation auch Produkte von OSS berücksichtigt bzw. die Vor- und Nachteile eine Migration auf OSS in technischer und finanzieller Hinsicht berechnet? Kann eine solche Evaluation von den Fachleuten der kantonalen Verwaltung und/oder den Fachleuten für Informatik an den Fachhochschulen des Kantons geleistet werden?
4. Wie und über welche Instanzen läuft die Beschaffung der Softwarelizenzen ab? Welche Rolle spielen dabei die Schweizerische Informatikkonferenz und die Abraxas Informatik AG St.Gallen?
5. Mit welchen Investitionskosten ist für die Einführung von «Microsoft Vista» und «Microsoft

Office 2007 zu rechnen (Lizenzen, taugliche Hardware)? Welche Betriebskosten sind vorhersehbar (Installation, Instruktion)?

6. Wie beurteilt die Regierung die Möglichkeit, anstelle des Entscheides, die rund 2000 Computerarbeitsplätze auf «Microsoft Windows Vista» umzustellen und das Büropaket «Microsoft Office 2007» anzuschaffen, einen Umstieg auf eine unabhängige, kostengünstige Software für die kantonale Administration vorzunehmen? Gibt es eine kantonale Strategie, wie in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und dem Bund die Einführung von OSS gefördert werden soll?
7. Ist die Regierung bereit, zur Vermeidung einer einseitigen Bevorzugung bzw. Bindung an einen Anbieter den Einsatz von OSS in den Schulen der verschiedenen Stufen aktiv zu fördern, Informatikpersonal und Lehrkräfte durch Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen über OSS zu schulen?»

18. Februar 2008

Müller-St.Gallen
Locher-St.Gallen